



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Nach den Reformen am Arbeitsmarkt schiebt sich die italienische Regierung an, die sozialen Abfederungsmaßnahmen umzumodeln. Instrumente wie die Lohnausgleichskasse oder die Sonder-Lohnausgleichskasse, die noch vor Jahrzehnten eingeführt wurden, stehen stark in der Kritik weil sie den heutigen Herausforderungen nicht mehr gerecht werden. Ähnliches gilt für die Mobilität – eine kuriose Einrichtung für krisengebeutelte Betriebe. Wer in Mobilität ist, ist weder Fisch noch Fleisch - nicht beschäftigt und auch nicht arbeitslos. Gar einige behaupten, das italienische System würde weder zur Umschulung noch zum geregelten Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt animieren und stattdessen die Schwarzarbeit fördern. In Zusammenhang mit der Ankündigung der italienischen Regierung, die sozialen Abfederungs-



ungsmaßnahmen umgestalten zu wollen, ist die Diskussion um das anzustrebende Modell neu entbrannt. Noch in den Jobs-Act möchte Ministerpräsident Renzi einen gesetzlichen Mindestlohn nach europäischem Vorbild einbauen. Auf diese Weise soll Lohndumping unter einem „moralisches Mindestniveau“ unterbunden werden - niemand soll in Italien in Zukunft um weniger als 6,50 bzw. 7,00 € die Stunde arbeiten müssen. In Schutz nehmen würde dies vor allem jene Kategorien an Erwerbstätigen, die nicht durch einen Kollektivvertrag abgesichert sind, man denke an die unzähligen Formen

Die nächste Baustelle

Nach dem **Jobs Act** stehen die **sozialen Abfederungsmaßnahmen** auf der Agenda der italienischen Regierung. Wie sich Südtirol rüsten muss, um eine optimale Abstimmung zu finden.

an atypischer Beschäftigung, die in Italien Verbreitung gefunden haben.

Vom Konzept des Mindestlohns zu unterscheiden ist jenes der Mindestsicherung. Im Unterschied zum Mindestlohn handelt es sich hier um eine Integration des Einkommens für jene, die es aus eigener Kraft nicht schaffen ein Einkommen zu erzielen, das für ein würdiges Überleben reicht. Greift also der Mindestlohn „ex ante“, so greift die Mindestsicherung „ex post“, also über die Umverteilung. Insbesondere vom Movimento 5 stelle forciert wird der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens („reddito di cittadinanza“). Nach diesem Modell entsteht aus dem alleinigen Umstand, italienischer Staatsbürger zu sein, der Anspruch auf ein

Grundeinkommen, unabhängig ob man einer bezahlten Arbeit nachgeht oder nicht.

Südtirol hat schon vor Jahrzehnten den Weg der Mindestsicherung eingeschlagen und fährt verhältnismäßig gut damit, was aber nicht heißen will, dass das Südtiroler Modell nicht ausbaufähig sei oder optimiert werden könne. Was es braucht ist der verstärkte Blick über den Tellerrand, eine Informatik-Offensive mit einer einzigen Datenbank für soziale Transferleistungen und eine systematische Evaluation von sozialen Transferleistungen. Denn wir wissen zwar, wie viel für die einzelnen Interventionsschienen ausgegeben wird, aber noch zu wenig, ob das anvisierte gesellschaftliche Ziel auch erreicht wird.